

Interview mit dem Politik- und Wirtschaftsexperten Paul Welfens

Der Brexit – ein Versehen, das keines war

NÜRNBERG – Im Juni vergangenen Jahres entschieden sich die Briten in einem Referendum für den Ausstieg aus der Europäischen Union. Dieses Votum überraschte nicht nur viele Briten, auch die EU reagierte geschockt: Zu lange hatte man den Brexit wohl nicht ernst genommen. Auch fast ein Jahr nach der Entscheidung ist noch nicht klar, wie dieser Ausstieg wirklich aussehen wird. Die NZ befragte über die Hintergründe und die Zukunftsperspektiven Prof. Paul Welfens von der Universität Wuppertal, einen den führenden Brexit-Kenner.

NZ: Herr Welfens, Ihr jüngstes Buch trägt den provokanten Titel „Brexit aus Versehen“. Unterstellen Sie den Briten, dass sie nicht wussten, auf was sie sich mit dem Brexit eingelassen haben?

Prof. Paul Welfens: Nein, das natürlich nicht. Der Titel bezieht sich auf die Tatsache, dass die Regierung Cameron vor dem Referendum eine Studie über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens erstellen ließ. Dabei wurde ermittelt, dass jeder Brite bei einem Austritt zehn Prozent seines Einkommens verlieren würde. Man würde erwarten, dass jeder Politiker, der gegen den Brexit kämpft, diese Zahl in seine Kampagne aufnimmt. Seltsamerweise liest man aber in Camerons 16-seitiger Informationsbroschüre, die er kurz vor der Abstimmung verteilen ließ, keine Zeile davon. Das ist sehr merkwürdig, denn – da bin ich mir ganz sicher – regierungsintern kannte jeder diese Zahl. Man kann auf Basis sogenannter Popularitätsfunktionen, die einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Regierungspopularität zeigen, ausrechnen, wie das Ergebnis des Referendums gewesen wäre, wenn die Wähler gewusst hätten, dass sie mit 1800 Pfund den Gegenwert eines Monatseinkommens verlieren werden. Dann wäre das Ergebnis 52,1 Prozent für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gewesen. Das wäre natürlich auch kein großer „EU-Sieg“ gewesen, schließlich waren beim ersten EU-Referendum im Jahr 1975 noch 67 Prozent dafür gewesen. Der Titel des Buches besagt: Wenn das Referendum unter normalen Informationsbedingungen stattgefunden hätte, wäre das Ergebnis genau umgekehrt gewesen. Aus diesem Grund ist es eine Art Zufallsergebnis, also ein Referendum aus Versehen. Die ganze Sache ist auch deshalb so merkwürdig, weil Cameron zwei Jahre vorher beim Referendum der Schotten über eine

Abspaltung von Großbritannien eine Broschüre verteilen ließ, in der es explizit hieß, beim Falle eines Austritts verliert jeder Schotte 1400 Pfund. Warum wurde diese Zahl mitgeteilt und die 1800 Pfund wenig später nicht? Die ganze Sache ist sehr seltsam und auch nicht fair gegenüber den eigenen Wählern und den EU-Partnerländern.

NZ: Aus welchen Motiven wurde diese Zahl verheimlicht?

Welfens: Das herauszufinden wäre eine lohnende Aufgabe für britische Journalisten. Mein Eindruck ist, dass wir uns im Westen Politik- und Wirtschaftssysteme gebaut haben, die viel zu kompliziert sind. Wir liefern oft schlechte, schlampige Regierungsarbeit. So war meiner Meinung nach auch die Bankenkrise ein Ergebnis eines überkomplizierten Regierungssystems. Wenn ich mir etwa Presseerklärungen von G20-Treffen ansehe, dann kann man mit etwas Übertreibung sagen: Ein G20-Kommuniqué hat drei Seiten und 20 Punkte. Umgesetzt davon aber wird gerade mal ein Zehntel. Das ging auch wesentlich kürzer. Ich glaube, dass wir im Westen aufpassen müssen, unserer Vorbildfunktion in Sachen Demokratie und Rechtsstaat gegenüber etwa asiatischen Staaten noch gerecht zu werden. Andernfalls schafft dies Verwirrung und Enttäuschung und verursacht eine Abkehr. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten: Etwa in Thailand hat die EU ihre Vorbildfunktion schon verloren, hier orientiert man sich stärker in Richtung China. Und da darf man sich nichts vormachen: China wird nie der große Vorkämpfer für Demokratie werden.

NZ: Wird die EU von außen nur noch als Club der Uneinigen wahrgenommen?

Welfens: Tatsächlich ist dies das vorherrschende Bild. Immer wieder werde ich gefragt, warum wir denn schon mit einem im Vergleich eher kleinen Problem wie Griechenland nicht fertig werden. In Sachen Brexit ist die Lage weitaus ernster, damit verlieren wir etwa ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts. Aus diesem Grund wird auch die Verhandlungsposition der EU deutlich schwächer, das bedeutet, dass wir in Zukunft etwa im Verhältnis mit China schlechtere Handelsbedingungen erhalten.

NZ: Wie schätzen Sie die Austrittsverhandlungen zwischen der EU und Großbritannien ein? Wer wird die größeren Zugeständnisse machen müssen?

Welfens: Wenn die restlichen 27 EU-Mitgliedsländer bei ihrer bisherigen Linie bleiben und sich nicht in internen Streitereien verzetteln, werden sie als Team zusammenhalten. Das bedeutet logischerweise, dass Großbritannien in einer deutlich schlechteren Position sein wird. Der Austritt bedeutet für Großbritannien wirtschaftlich einen gravierenden Einschnitt. Die britischen Exporte in die



Ein Stern kommt weg: So stellt der britische Street-Art-Künstler Banksy den Brexit dar. F.: dpa

27 EU-Länder stehen für knapp 13 Prozent des britischen Bruttoinlandsprodukts. Die in die USA aber für gerade einmal 2,5 Prozent. Der drohende Verlust des europäischen Binnenmarktes ist deshalb für Großbritannien durchaus gefährlich und dramatisch. Ich sehe auch nicht, dass Großbritannien in einer glänzenden Verhandlungsposition ist. Die Briten können allerdings an einer Stelle Druck machen, und das tun sie bereits: Das sind die vielen Zuwanderer aus Ost-Europa. Polen, Tschechen und Ungarn haben natürlich ein großes Interesse daran, dass eine Regelung findet. Andererseits ist Großbritannien hier auch in einer schwierigen Situation. Berechnungen zeigen, wenn eine halbe Million Zuwanderer das Land verlässt, dann würde das britische Produktionspotential um fast ein halbes Prozent sinken, das ist erheblich. Das wäre für Frau May auch nicht sehr schön. Bisher tut der Brexit den Menschen im Königreich noch nicht weh, die Wirtschaftsdaten waren bislang noch ziemlich stabil. Aber allmählich wird

es spürbar. Durch die sehr starke Abwertung des Pfunds liegt die Inflationsrate in diesem Jahr etwa zwei Prozentpunkte höher. Am Ende des Jahres wird ein Großteil der britischen Arbeitnehmer nur noch ein sehr geringes Einkommensplus haben. Die nächste Pfundabwertung ist bereits absehbar, die Arbeitslosigkeit wird steigen.

NZ: Es kursieren unterschiedliche Zahlen, wie viel Großbritannien an die EU zu bezahlen hat. Das reicht bis zu 100 Milliarden Euro.

Welfens: 100 Milliarden sind völlig unrealistisch. Ich könnte mir eher vorstellen, dass es 1,5 bis 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind, das wären 40 bis 60 Milliarden. Außerdem wäre diese Zahlung ja nicht auf einmal zu leisten sein, sondern in mehreren Raten. Zudem wird Großbritannien auch in jedem Fall Zölle an die EU entrichten müssen, denn einen freien Zugang zum Binnenmarkt halte ich für unwahrscheinlich. Wenn Großbritannien Glück hat, kann es 50 Prozent aushandeln. Die Briten werden

durch den Brexit ökonomisch unter Druck geraten. Das britische Wirtschaftswachstum wird auf Jahre hinaus um einen halben Prozentpunkt geringer sein. Dann wird auch die Rechnung von Außenminister Boris Johnson, man werde pro Jahr acht bis neun Milliarden Euro an Zahlungen an Brüssel sparen, hinfällig sein. Mal sehen, wie begeistert die Wähler dann sein werden.

NZ: Hat Theresa May den frühen Wahltermin gewählt, weil die Briten derzeit noch relativ wenig von den wirtschaftlichen Folgen des Brexit spüren?

Welfens: Das ist natürlich aus Sicht von Frau May eine kluge Entscheidung, weil man derzeit noch nicht in den ökonomischen Abgrund blickt. Zudem hat sie in der eigenen Partei das Problem, dass sie selbst nicht durch Wahlen, sondern den Rücktritt von Cameron ins Amt gekommen ist. Immer wieder schon wurde ihr vorgehalten, dass sie keine eigene Legitimität habe. Ein glänzender Wahlsieg würde Frau May stärken, weil es ihre innerparteiliche Position stärken würde. Manche meinen gar, dass ein Wahlsieg es ihr erleichtern würde Zugeständnisse zu machen. Bei den derzeitigen knappen Mehrheitsverhältnissen sind die echten Brexit-Hardliner eine Gefahr für May. Deshalb könnte dies sogar eine gewisse Entspannung für die Brexit-Verhandlungen bringen. Das Hauptproblem ist jedoch, dass wir schon wieder Zeit verlieren. Viele Experten sind der Meinung, dass man für einen Ausstieg mindestens drei Jahre braucht. Stattdessen soll er in eineinhalb Jahren passieren.

NZ: Wie wird sich die Architektur der EU durch den Austritt der Briten verändern? Bekommen Deutschland und Frankreich mehr Macht?

Welfens: Im EU-Ministerrat werden Berlin und Paris in deutlich mehr Fällen eine „Gewinnerkoalition“ bilden und Entscheidungen beeinflussen. Trotzdem darf man die kleineren Länder nicht aus den Augen verlieren. Das hat sich beim Verfassungskonvent der EU in den 90er Jahren gezeigt. Das negative Referendum in den Niederlanden – neben Frankreich – hat ja schon damals gezeigt, dass innerhalb der EU etwas nicht ganz rund läuft. Gerade auch Deutschland muss darauf achten, dass möglichst viele kleinere Partnerländer mit an Bord sind, denn eine rein deutsch-französische Achse wird nicht funktionieren.

NZ: Kann man denn überhaupt in einem Referendum über ein so schwieriges Thema wie den Brexit abstimmen lassen? Oft wird ja eher aus dem Bauch heraus gewählt und nicht aufgrund von Fakten.

Welfens: Die Gefahr ist gegeben. Anders als in der Schweiz gibt es in Großbritannien – wie auch in Deutschland – keine echte Tradition, regelmäßig über komplexe Themen abzustimmen. Da wird die Abstimmung zu einer sehr emotionalen Sache. Ich bin überzeugt, wenn Cameron eine Abstimmung über Zebrastrifen angestoßen hätte und selbst für die Beibehaltung gewonnen hätte, wäre eine Mehrheit für die Abschaffung zustande gekommen. Der Graben zwischen der Bevölkerung und der politischen Elite ist in Großbritannien seit der Bankenkrise erheblich tiefer geworden. Auch hier zeigt sich wieder: Die Systeme sind zu kompliziert geworden und das Vertrauen in die Führungskraft der politischen Akteure hat in den letzten zehn Jahren deutlich abgenommen.

Fragen: Sigrun Eibner

Zur Person: Paul J.J. Welfens



Unser Gesprächspartner ist Präsident des Europäischen Institutes für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, er ist dort auch Inhaber des

Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls für Makroökonomik. Zudem forscht er an der Johns Hopkins University in Washington DC und berät als Experte u.a. den Deutschen Bundestag, das Europäische Parlament, die EU-Kommission und den US-Senat. *sie*

Wer steckt hinter dem Tod einer Deutschen in Kabul?

Ein Albtraum – für Helfer und Notleidende gleichermaßen

Eine Deutsche und ein afghanischer Wachmann tot, eine Finnin entführt: Der jüngste Anschlag auf ein ausländisches Gästehaus in Kabul trifft eine Organisation, die Kindern und Frauen hilft. Das ist ein Albtraum für andere Helfer – und notleidende Afghanen.

KABUL – Die Männer kommen um kurz vor Mitternacht. Überfälle auf internationale Gästehäuser sind in Kabul nichts Neues, aber dieser beginnt ungewöhnlich. Nicht mit Bomben, nicht mit Selbstmordattentätern, ganz ohne Schusswechsel mit Sicherheitskräften – von einer „Erstürmung des Hauses“, wie einige Medien berichten, kann keine Rede sein. Die Täter scheinen sich eher still auf das Gelände geschlichen zu haben.

Was sie wollten, was genau in dem Haus geschieht, das einer schwedischen Hilfsorganisation gehört, ist noch unklar. Aber am Ende des Überfalls sind die Täter weg, eine finnische

Frau nehmen sie mit. Eine deutsche Mitarbeiterin der Organisation und ein afghanischer Wachmann sind tot. Gerüchte machen die Runde, der Wachmann sei enthauptet worden.

Was genau ist da passiert? Anschläge waren zu erwarten. Es ist eine böse Gemengelage in Kabul dieser Tage. Da ist eine allgemeine Steigerung der Unsicherheit, die schon länger anhält, und da sind aktuelle Faktoren.

Die radikalislamischen Taliban haben gerade ihre Frühjahrsoffensive begonnen und wollen Übermacht demonstrieren. Der IS wiederum will seine Zähigkeit beweisen, nachdem die USA vor fünf Wochen die größte nicht-nukleare Bombe in ihrem Arsenal auf zentrale Stellungen im Osten abgeworfen hatten. In sieben großen Taliban- und IS-Anschlägen sind allein seit Januar in Kabul Hunderte Menschen getötet oder verletzt worden. Und zu allem Überfluss steht ein Nato-Gipfel an, auf dem die Welt dis-

kutieren will, ob sie wieder mehr Truppen nach Afghanistan schicken soll – ein rotes Tuch für IS wie Taliban.

Aber waren es Islamisten? Oder war es vielleicht doch ein Entführungsversuch? Einer, der mit zwei Todesopfern so richtig schiefgelaufen ist? Die Kidnapping-Mafia von Kabul wird tatsächlich immer dreister. Sie nimmt Ausländer wie Afghanen gleicherma-



Das Gästehaus in Kabul, in dem eine deutsche Helferin starb. Foto: rtr

ßen ins Visier. Zahllose afghanische Geschäftsmänner hat sie im vergangenen Jahr entführt und, fast im Dreimonatsrhythmus, auch Ausländer.

Ihre ausländischen Opfer hatten die Täter bisher fast immer aus Autos entführt, auf dem Weg zur Arbeit oder nach Hause. Sollten die Entführer jetzt anfangen, auch in Gästehäuser einzubrechen, „wäre das eine klare Eskalation“, sagte ein internationaler Sicherheitsprofi.

Eine andere Möglichkeit ist ein Angriff von Islamisten auf Menschen, die sie für Missionare gehalten haben könnten. Operation Mercy ist eine europäische Organisation; auf ihrer Internetseite steht als erste von fünf „Prioritäten“ für ihre Arbeit das Gebet. Aber bisher hat sich keine Terrororganisation zu dem Überfall bekannt.

Wer die tote Deutsche war, welche Arbeit sie für Operation Mercy getan hat, ob sie sich gegen eine Entführung

oder vielleicht auch einen gewöhnlichen Einbruch gewehrt hat und so sterben musste – es liegt noch im Dunkeln. Aber was auch immer dahintersteckt: Für die Hilfsorganisationen, die noch in Afghanistan arbeiten, ist es ein Albtraum. Immer mehr Anschläge, immer weniger Zugang zu den umkämpften Provinzen und damit zum Kern des Elends in einem der ärmsten Länder der Welt, hat viele schon dazu veranlasst, Teams und Budgets zu kürzen. Überfälle wie dieser geben Anlass, auch das verbleibende Engagement zu hinterfragen.

Die Verluste sind dann nicht mehr nur auf die Gemeinschaft der Helfer begrenzt. Operation Mercy arbeitet in Afghanistan zum Beispiel an der Reduzierung der Kindersterblichkeit, die eine der höchsten der Welt ist. Weniger Helfer bedeutet auch mehr Leiden unter jenen afghanischen Frauen und Kindern, die auf sie zählen.

Christine-Felice Röhrs, dpa